24. Nov. 2025 · 6 Min. Lesezeit · Frauen

Gewalt gegen geflüchtete Frauen: Wie das Projekt savîa Betroffene in Hamburg unterstützt

Susanna Lange Vargas ist Projektkoordinatorin von savîa – Steps Against Violence, der Beratungsstelle für Gewaltschutz für Geflüchtete in Hamburg. Im Interview erzählt sie über Gewalt in Unterkünften und die strukturellen und institutionellen Hürden, die geflüchtete Frauen erleben.





Foto: Susanna Lange Vargas

Häusliche Gewalt nimmt weiterhin in Deutschland zu. <u>Besonders gefährdet sind Frauen mit</u>

Migrations- und Fluchtgeschichte, da Sprachbarrieren, rechtliche Unsicherheiten und institutionelle

Hürden den Weg in Sicherheiten erschweren. In Hamburg engagiert sich die gemeinnützige

Organisation Verikom gGmbH in Kooperation mit LÂLE in der IKB e. V. mit dem spezialisierten

Projekt "savîa", das geflüchteten Menschen bei häuslicher und familiärer Gewalt hilft.

Susanna Lange Vargas arbeitet seit über zwölf Jahren im Gewaltschutz. Sie ist interkulturelle Diplompädagogin, traumazentrierte Fachberaterin (DeGPT), Heilpraktikerin für Psychoth und koordiniert heute das Projekt savîa - Steps Against Violence. Ihre Arbeit verbindet sie m.

eigenen Migrationserfahrungen – ihre Mutter kam aus Kolumbien nach Deutschland –, was ihr Verständnis für intersektionale Lebensrealitäten und Empowerment prägt.

Susanna, kannst du kurz erzählen, was das Projekt savîa konkret macht und was deine Rolle dabei ist?

Seit 2023 koordiniere ich savîa - Steps Against Violence. Wir leisten aufsuchende Beratung für geflüchtete Personen, die häusliche oder familiäre Gewalt erfahren. Wir beraten auch LGTBQI+Geflüchtete. Ich führe die Erstgespräche und verteile die Fälle an Kolleg*innen, die vor Ort in Unterkünften beraten. Meldungen kommen meist über Mitarbeitende der Unterkünfte, Polizei oder Multiplikator*innen wie das Jugendamt. Zusätzlich berate ich, organisiere Fortbildungen in Unterkünften und arbeite eng mit Fördern & Wohnen zusammen, dem Träger vieler Unterbringungen für geflüchtete Menschen in Hamburg. Savîa ist auch zuständig für eine spezielle Unterkunft für gewaltbetroffene Frauen und Kinder, ähnlich wie ein Frauenhaus. Wir koordinieren die Belegung, unterstützen bei psychischer Belastung, bieten Gewaltschutzberatung und vermitteln Psychologinnen, Psychotherapeutinnen sowie Anwält*innen für Familien-, Straf-, Ausländer- und Asylrecht.

Auf welchen Sprachen kann die Beratung stattfinden?

Wir beraten direkt in Dari, Farsi, Serbokroatisch, Türkisch, Französisch, Englisch. Ich berate auf Spanisch. Für alle anderen Sprachen haben wir Dolmetscherinnen, mit denen wir schon seit Jahren arbeiten (...). Das ist wichtig, denn Geflüchtete im Fall von Gewalt zu beraten, erfordert eine hohe Sensibilisierung, über die unsere Dolmetscherinnen und Kolleginnen verfügen. Deshalb schätze ich sie sehr.

"Viele Unterkünfte sind nicht sicher: Sie reproduzieren Gewalt"

Mit welchen Hürden sind geflüchtete Frauen konfrontiert, wenn sie nach Hilfe suchen?

Wir sind die einzige Gewaltschutzstelle in Hamburg, die gezielt Geflüchtete berät. Positiv ist, dass wir durch enge Zusammenarbeit mit Fördern & Wohnen schnelle Hilfe bei der Verlegung ermöglichen können. Dennoch sind wir ein hochschwelliges Projekt: Allein, dass es eine Telefonnummer gibt, ist eine sehr große Hürde. Wenn Frauen diesen Schritt schaffen, versuchen wir, die Unterstützung trotz Sprachbarrieren durch Dolmetscherinnen so niedrigschwellig wie

möglich zu gestalten. In Hamburg gibt es außerdem zahlreiche Unterkünfte – einige sind für Gewaltschutz sensibilisiert, andere kaum. Wir erfahren wenig von den Unterkünften. Alleinreisende Frauen mit und ohne Kinder sind sehr stark gefährdet und auf allen Ebenen benachteiligt.

Welche Rolle spielt die Unterbringung konkret?

Die Unterkünfte sind unsicher, weil die Bewohnenden oft mit fremden Familien in beengtem Wohnraum leben müssen. Das kann total triggernd für Frauen sein, die Gewalterfahrungen haben. Das ist beängstigend, denn es gibt viele Machstrukturen und Unterdrückungen, sowohl vom System als auch in der Organisation von Unterkünften selbst. Diese gezwungene gewaltvolle Unterbringung, wie Geflüchtete beispielsweise in der Schlachthofstraße, führt dazu, dass dieses Gewalt reproduziert wird.

Es gibt Gesellschaften, in denen Gewalt als normal angesehen wird. Wenn das nicht nur gesellschaftlich, sondern auch vom Staat mitunterstützt wird, dann ist es schwierig, das durchzubrechen. Zwar gibt es Strafanzeigen, aber nur selten erreichen Fälle überhaupt ein Gericht. Für geflüchtete Frauen kommen weitere Barrieren hinzu: fehlendes Wissen über Rechte, Misstrauen gegenüber Behörden, Scham in der eigenen Community oder die Sorge, den Kindern zu schaden – etwa durch den Gedanken "ein Kind braucht seinen Vater". Gleichzeitig müssen wir vermitteln, dass allein das Miterleben von Gewalt massive Folgen für Kinder hat. Hier zeigt sich ein ganzer Strauß an Hindernissen.

Wie läuft eine Schutzunterbringung ab, wenn eine Frau aus einer gewaltvollen Situation heraus muss?

Geflüchtete Frauen sind ausländerrechtlich an Hamburg gebunden und freie Plätze in Frauenhäusern sind selten. Deshalb wurde 2018 die spezielle Unterkunft von Fördern & Wohnen mit 84 Plätzen eingerichtet. Normalerweise bekomme ich einen Anruf vom Sozialmanagement über einen Fall. Ich kontaktiere die Frau nur, wenn sie einverstanden ist – wir arbeiten auf einer freiwilligen Basis. Ich mache eine Gefährdungsanalyse; bei hoher Gefahr empfehlen wir einen Umzug. Die Verlegung koordinieren wir mit der städtischen Aufnahme- und Vermittlungsstelle oder Frauenhäusern, sodass Frau und Kinder noch am gleichen Tag in Sicherheit kommen. Vor Ort übernehmen Mitarbeitende Sachen wie die Kita- oder Schulwechsel, Behördengänge, Sprachkurse. Ehrenamtliche Nachbarschaftsorganisationen und Stabilisierungsgruppen befinden sich auch vor Ort. Viele Frauen spüren deutliche Erleichterung, können frei gehen und kommen – Besuch ist jedoch nicht erlaubt.

Wie lange dürfen die Frauen in der Unterkunft bleiben, und wie sehen ihre Perspektiven für die Zukunft aus?

Der Aufenthalt ist zunächst auf sechs Monate angelegt, kann aber verlängert werden. Manche bleiben bis zu zwei Jahre. Wir prüfen regelmäßig die Gefährdungs- und Belastungssituation. Wenn der Gewalttäter keine Gefahr mehr darstellt und die Frau ausziehen möchte, wechselt sie in eine reguläre Wohnunterkunft. Dafür arbeiten wir unter anderem mit dem Projekt Abrigo der Lawaetz Stiftung zusammen, das queere Geflüchtete und Gewaltbetroffene in eigenen Wohnraum vermittelt – allerdings nur, wenn eine Aufenthaltserlaubnis vorliegt. Dann kommen wir wieder zu dem zweiten Problem, weshalb Geflüchtete so extrem doppelt belastet sind: Es ist ein Unding, dass Deutschland die Istanbul Konvention nicht richtig umsetzt, nicht im Aufenthalt und auch nicht beim Familiengericht. Aufenthaltsrechtliche Konsequenzen werden bei häuslicher Gewalt nicht berücksichtigt. Schutzmaßnahmen in Hamburg helfen zwar, schützen aber nicht vor Dublin-Rückführungen in vermeintlich sichere Herkunftsländer. Im Asylrecht gilt häusliche Gewalt nicht als Fluchtgrund, und Gewalt auf dem Fluchtweg oder im Herkunftsland wird kaum anerkannt. Frauen müssen viel kämpfen, damit ihre Situation Beachtung findet. Auch das neue Gewalthilfegesetz (GewHG) schließt Geflüchtete explizit aus.

Welche Rolle spielt das Jugendamt beim Gewaltschutz?

Das Jugendamt soll unterstützen und Kinder schützen, besonders bei häuslicher Gewalt. In der Praxis gibt es jedoch große Missverständnisse: Viele geflüchtete Frauen fürchten, dass ihre Kinder weggenommen werden, während das Jugendamt betont, dies nicht zu wollen. Dieses Missverhältnis erschwert Vertrauen. Es gibt tolle und rücksichtvolle Mitarbeitende. Aber geflüchtete Frauen bräuchten vor allem Sensibilität und dass ihre Erfahrungen ausreichend berücksichtigt werden. Ein einzelnes Gespräch reicht nicht aus.

Wie wirken sich diese verschiedenen Formen von Gewalt, Belastungen und Diskriminierung psychisch auf die geflüchteten Frauen aus, mit denen du arbeitest?

Das ist sehr unterschiedlich. In der Beratung schaue ich zuerst auf die Ressourcen – also darauf, worauf sich aufbauen lässt. Viele Frauen bringen jedoch sehr belastende Voraussetzungen mit: langjährige Gewalterfahrungen, Vernachlässigung oder familiäre psychische Erkrankungen erschweren es ihnen, im Alltag überhaupt zu funktionieren. Mehrfachdiskriminierung zeigt sich oft darin, dass alleinreisende Frauen mit Kindern mit fremden Familien zusammenwohnen müssen und dort kontrolliert oder eingeschränkt werden. Das erzeugt starke Ohnmachtsgefühle. Andere Frauen

waren in ihrem Herkunftsland politisch aktiv und selbstbestimmt. Hier verlieren sie durch Sprachbarrieren, fehlende Arbeitsmöglichkeiten oder ausfallende Integrationskurse ihre Selbstwirksamkeit und fühlen sich nutzlos. Kommt dann noch Gewalt hinzu, rutschen viele in depressive Phasen – ohne dass ich diagnostiziere, aber es geht ihnen einfach sehr schlecht.

Hinzu kommen finanzielle Not, die Distanz zur Familie, Sorgen um Angehörige in Kriegs- oder Krisengebieten und die ständige Unsicherheit in einem fremden Land. Diese Belastungen greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig. Viele geraten dadurch in einen Strudel.

Was braucht es deiner Meinung nach, damit geflüchtete Frauen leichter Zugang zu Unterstützung bekommen?

Niedrigschwellige Angebote sind ganz wichtig. Projekte wie StoP-Angebote (Stadteil ohne Partnergewalt in Steilshopp), Lotsinnen- oder Patinnenprogramme funktionieren gut, weil sie einen Community-Ansatz haben. Menschen mit Erstsprachen und häufig eigener Migrations- oder Fluchterfahrung gehen in die Unterkünfte und unterstützen dort direkt. Sie haben ein anderes Wissen und ein anderes Gespür dafür, wie es sich anfühlt, Ausgrenzung und Ohnmacht gegenüber Behörden oder im Alltag zu erleben. Diese Angebote sind echte Türöffner, weil sie Betroffene auf Augenhöhe erreichen. Ihre Erfahrungen ermöglichen einen besseren Zugang für geflüchtete Personen.

Welche politischen Maßnahmen wären wichtig für die Schutz der geflüchteten Frauen?

Meine wichtigste politische Forderung ist: Es braucht Unterkünfte ausschließlich für geflüchtete Frauen und ihre Kinder. Momentan gibt es in Hamburg nur die eine Schutzunterkunft, die wichtig ist, aber längst nicht ausreicht. Der Bedarf ist eindeutig, doch solche Projekte scheitern oft – zum Beispiel durch Bürgerproteste, wie zuletzt in Hamburg, als eine geplante queere Unterkunft per Bürgerbegehren verhindert wurde.

Ein weiterer Punkt ist die finanzielle Struktur: Asylbewerberleistungen sollten direkt an die Frauen ausgezahlt werden und nicht automatisch an das "Familienoberhaupt", das fast immer ein Mann ist. Die Forschung zeigt klar, dass die Versorgung von Kindern stabiler ist, wenn Frauen die Leistungen erhalten. Weitere Punkte wären die Anerkennung von Gewalt im Asylverfahren, die Anerkennung von psychischen Auswirkungen und der Abschiebestopp für diese Personengruppen.

Was wünschen Sie sich, damit das Projekt savîa nachhaltig funktioniert?

Savîa gibt es seit 2016, wir sind durch die Sozialbehörde Hamburg, Referat Opferschutz zuwendungsfinanziert. Jedoch entspricht unser Budget nicht dem, was wir im Alltag leisten. Wir fordern seit mehreren Jahren eine höhere Bezahlung und zum anderen haben wir zu wenig personelle Ressourcen. Wir haben 3.5 Stellen, die aufgeteilt sind. Alle arbeiten in Teilzeit, das hat mit der schweren Arbeit im Gewaltschutz zu tun, aber auch mit den Stellenanteilen insgesamt. Seit 2022 erhalten wir eine jährliche Aufstockung aufgrund des Ukrainekrieges von einer halben Stelle. Um diese müssen wir jährlich bangen. Die Beratungsfälle sind in den letzten drei Jahren gestiegen.

Was braucht es gesellschaftlich?

Häusliche Gewalt hat enorme Auswirkungen auf die Psyche, auf das Leben, auf alles. Die Vorstellung, dass Geflüchtete, die sich nach ihrer Fluchterfahrung schnell integrieren lassen und dann funktionieren, mit all den Barrieren und rassistischen Ausgrenzungen, funktioniert nicht. Wenn diese noch dazu geschlechtsspezifische Gewalt erfahren haben, noch viel weniger. Die meisten fliehen nicht freiwillig. Und wenn sie hier sind, stehen ihnen unzählige Hürden im Weg. Hierfür braucht es mehr Rücksicht.

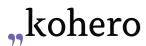




Hürden statt Hilfe: Das Versagen im Gewaltschutz für geflüchtete Frauen

Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen: Schutz für 🕠 Geflüchtete muss Priorität haben





Magazin für interkulturellen Zusammenhalt











Seiten	Rechtliches
Startseite	Impressum
Autor*innen	Datenschutz
Über uns	AGB
FAQ	
Kontakt	

© 2025 kohero - Magazin. Alle Rechte vorbehalten.